

Rheinhochwasserdamm Mannheim RHWD XXXIX
Dammertüchtigung
Öffentlichkeitsbeteiligung

Dokumentation

zur 3. Bürgerinformationsveranstaltung
am 23. September 2019 in der Rheingoldhalle in Mannheim

TOP 0 Stellwandphase

Vor Beginn der Vorträge gibt es für die Anwesenden eine Stunde lang die Möglichkeit, an vier Themeninseln Fragen und Anregungen mit den beteiligten Fachplanern gemeinsam zu erörtern und zu diskutieren.

Folgende Themeninseln werden präsentiert (siehe Anlage 4):

- **Dammverlauf im Detail**
Ausgehängte Unterlagen: Übersichtslagepläne sowie Detaillagepläne über den gesamten Dammverlauf. Ergänzend wurden 3D-Visualisierung (Querschnitte) an signifikanten „Stationen“ sowie Bildmontagen präsentiert.
- **Sicherheit: Stabilität des Dammes und Dammverteidigung**
Ausgehängte Unterlagen: Übersichtskarte, Querschnitte, Überschwemmungskarte (HQ100-Breschenszenario), Fotos Windwurf am Rheinhochwasserdamm bei Plittersdorf im August 2019, Infografik zu „Baum auf Damm/Wurzelballen“, Poster zu Dammüberwachung und -verteidigung der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) sowie Fotos von unterschiedlichen Dichtwandtypen und deren Einbau(-geräten).
- **Bäume und Landschaftsbild: Eingriff und Ausgleich**
Ausgehängte Unterlagen: Bildmontagen, Karte Biotopverbundplanung, Foto von anderen Dämmen einige Jahre nach der Umsetzung von Maßnahmen inkl. Statistiken zu Artenzahlen, Karte Biotoptypen und Brutvögel.
- **Übergreifende Fragen / Verfahrensablauf**
Ausgehängte Unterlagen: Beteiligungsfahrplan, Übersicht zum Ablauf des Planfeststellungsverfahrens, Stellwand mit der Möglichkeit für Feedback zur Veranstaltung.

Die Stellwandphase wird von vielen Interessierten für den Informations- und Meinungsaustausch genutzt. Wesentliche Fragen, die sich aus der Stellwandphase ergeben haben, sind mit den entsprechenden Antworten in der Liste der Fragen und Antworten (Anlage 3) dokumentiert.

TOP 1 Begrüßung

Bürgermeisterin Felicitas Kubala eröffnet die Informationsveranstaltung zur Ertüchtigung des Rheinhochwasserdammes in Mannheim.

Sie freue sich über das außerordentliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, sich konstruktiv in das Projekt, das für alle Beteiligten kein einfaches ist, einzubringen. Frau Bürgermeisterin Kubala gibt eine kurze Rückschau, was im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung bisher durch das Regierungspräsidium Karlsruhe (RPK) gemacht wurde. Der Prozess wurde vor nunmehr über zwei Jahren in einer frühen Projektphase mit der ersten Sitzung des Projektbegleitkreises im Mai 2017 und einer ersten Bürgerinformationsveranstaltung im Juni 2017 angeschoben. In der Folge gab es eine weitere große Bürgerinformationsveranstaltung, bei der sowohl vom Träger des Vorhabens (RPK) als auch von der BIG Lindenhof die jeweiligen Sichtweisen und Lösungsmöglichkeiten vorgestellt wurden. Der Austausch fand auch im Rahmen weiterer Foren, wie z.B. dem Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) der Stadt Mannheim statt. Frau Bürgermeisterin Kubala macht deutlich, sie verstehe die Sorge vieler Anwohnerinnen und Anwohner, dass ihr Naherholungsgebiet verloren bzw. stark verändert werden könnte. Auch die Stadt Mannheim habe zahlreiche Fragen zu der bisher vorgestellten Planung, die auch an das RPK gerichtet wurden. Das RPK hat einen Teil der Fragen im Vorfeld beantwortet und sich dazu entschieden, die verbleibenden Fragen im Rahmen des förmlichen Verfahrens zu klären. Aufgrund der Komplexität und Größe des Vorhabens, das für die Stadt Mannheim nicht alltäglich ist, will die Stadt zur fachlichen Begleitung des Verfahrens zusätzliche externe Expertise hinzuziehen.



Frau Kubala erläutert kurz den Ablauf des Planfeststellungsverfahrens. Nach Einreichung der Planfeststellungsunterlagen durch das RPK werden diese zunächst durch Beteiligung der unterschiedlichen Fachbehörden innerhalb der Stadt auf Vollständigkeit geprüft. Anschließend beginnt die Einleitung des Anhörungsverfahrens unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Frau Kubala betont, dass durch das standardisierte Prozedere des Planfeststellungsverfahrens immer wieder sichergestellt ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen können.

Frau Kubala weist darauf hin, dass die Stadt Mannheim im vorliegenden Fall in mehreren Rollen vertreten ist. Sie sei zum einen Bauherrin für den Abschnitt 6 und zugleich Genehmigungsbehörde für die Gesamtmaßnahme, was eine besondere Herausforderung bedeute.

Aus Sicht von Frau Kubala müsse es das Ziel aller sein, einen möglichst sicheren Hochwasserschutz herzustellen. Der Schutz der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner vor einem Hochwasser habe einen sehr hohen Stellenwert. Gleichzeitig soll der Eingriff in den

Natur- und Baumbestand so gering wie möglich ausfallen. Frau Kubala appelliert - trotz der teilweise diametralen Meinungen - an einen respektvollen Umgang miteinander für das gesamte Verfahren und auch für den heutigen Abend.

Anschließend begrüßt die Regierungspräsidentin des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Sylvia M. Felder, die Teilnehmenden. Sie hebt zunächst die Aufgabe des Regierungspräsidiums heraus, die Menschen in Baden-Württemberg vor der Urgewalt des Wassers von Neckar und Rhein zu schützen. An diesem Dammabschnitt in Mannheim gehe es um die Sicherheit von rund 30.000 Menschen vor Hochwasser. Das Regierungspräsidium trage die Verantwortung für den Hochwasserschutz, der sie mit der Ertüchtigung des Rheinhochwasserdammes nachkommen wird.



Hochwasserschutz habe, so Frau Felder, insgesamt viel mit Solidarität zu tun, denn das Wasser, das sich im Oberlauf nicht puffern lässt, laufe den Unterliegern in den Keller. Aufgrund der dichten Siedlungsstrukturen komme der Hochwasserschutz nicht ohne entsprechende Schutzbauten aus, was womöglich auch uns liebgewordene Landschaften verändert. Wichtig sei es dem Regierungspräsidium, diese notwendigen Veränderungen im Dialog gemeinsam zu gestalten.

Frau Regierungspräsidentin Felder betont dabei, dass die hierbei vorliegenden widerstrebenden Anforderungen zwischen Hochwasserschutz und Schutz von Naherholung und Bäumen nicht einfach zu lösen seien. Bei der heutigen Veranstaltung können nicht alle Fragen geklärt werden – manches müsse im Nachgang gelöst werden. Sie appelliert, den gemeinsamen Abend dafür zu nutzen, einander zuzuhören, Fragen zu stellen und Antworten zu geben. Für ein gemeinsames Gelingen sei eine von gegenseitigem Respekt geprägte Debatte wichtig.

Die Moderatorin der Veranstaltung, Frau Yvonne Knappstein von Team Ewen, stellt die Ziele der Veranstaltung und den Ablauf des Abends vor. Das Ziel von Seiten des Regierungspräsidiums ist es, neben der Information vor allem die Fragen der Bürger zu hören und so gut es geht direkt zu beantworten. Dazu sind nicht nur Fragen im Plenum jeweils direkt im Anschluss an den Vortrag, sondern auch anschließend der direkte Kontakt und die Interaktion an den Stellwänden ausdrücklich erwünscht. Alle Fragen und Antworten werden in der Anlage 3 (Frage- und Antwortliste) dokumentiert.

TOP 2 Erläuterung des Projektes

Anschließend begrüßt Armin Stelzer vom Landesbetrieb Gewässer im Regierungspräsidium Karlsruhe die Teilnehmenden.

Einführend stellt er klar, dass von Projektbeginn an eine wesentliche Planungsaufgabe darin bestanden habe, die Eingriffe in den Wald und insgesamt den Eingriff in Natur und Landschaft möglichst gering zu halten.

Herr Stelzer nimmt Bezug auf Projekte, die immer wieder ins Gespräch gebracht wurden, bei denen ein Erhalt des Baumbestandes und die Herstellung der Hochwassersicherheit möglich gewesen seien. Dabei stellt er heraus, dass die Größe der betreffenden Gewässer und vor allem das Schadenspotential bei keinem der genannten Beispiele mit der Situation in Mannheim vergleichbar seien. Hier in Mannheim bestünden hierbei keine Spielräume. Die Planung müsse nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erfolgen. Im Rhein herrschen bei Hochwasser hohe Abflüsse und das sogar über viele Tage. Angesichts der immensen Wassermassen und des sehr großen Schadenspotentials in Mannheim sowie der Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sei aus Sicht des Regierungspräsidiums Karlsruhe eine durchgängige Deichverteidigung zwingend notwendig. Hier sieht Herr Stelzer den wesentlichen Unterschied zu der von der BIG Lindenhof vorgebrachten Alternative.



Herr Stelzer freut sich, dass heute so viele interessierte Bürger/innen gekommen sind und er die Möglichkeit hat, die Planungsergebnisse einem so großen Publikum vorstellen zu können. Im Planungsprozess wurde im Rahmen eines Projektbegleitkreises, im Ausschuss für Umwelt und Technik der Stadt Mannheim (AUT) und zahlreichen bilateralen Gesprächen gemeinsam mit Expertinnen und Experten um eine optimale Lösung gerungen. Zuletzt konnte im Abschnitt 4 eine Lösung gefunden werden, um eine Baumreihe teilweise zu erhalten. Zudem konnten Planungsvarianten, welche die Nutzungen in den angrenzenden Bereichen der Wohnbebauung und der Sportanlagen weiterhin möglich machen, in Gesprächen mit den Anwohnern, den Vereinen und dem Besitzer des Restaurants „Estragon“ erörtert werden.

Wie in der vorherigen Bürgerinformationsveranstaltung angekündigt, ließ das Regierungspräsidium Karlsruhe die Planung von einem externen Gutachter, dem Institut für Bodenmechanik und Felsmechanik (IBF) am Karlsruher Institut für Technik überprüfen. Mit den im Gutachten aufgezeigten Alternativen könnten zwar weitere Bäume geschont werden, dabei wird die Möglichkeit der Dammverteidigung aber eingeschränkt, bzw. unmöglich. Das Institut bestätigte zudem, dass die Planung des RPK in Summe zielführend sei und dass die Dammverteidigung sichergestellt werden müsse.

Anhand von Bildern von Sturmschäden im Jahr 2010 in Sachsen und von aktuellen Sturmschäden in Rastatt zeigt Herr Stelzer, weshalb Bäume auf Dämmen nicht zulässig seien und bei einer Neugestaltung zwingend entfernt werden müssen. Bäume stellen laut Stelzer ein Sicherheitsrisiko für den Damm und die Dammverteidigungskräfte dar, das nicht hinnehmbar sei.

Zur Visualisierung der Planung wurden an mehreren Stationen am Damm Querschnitte und Fotomontagen der Vorher-/Nachher-Situation sowie ein Film eines Überflugs entlang des Dammes erstellt, der durch Herrn Stelzer vorgestellt und kommentiert wird.

Dabei stellt er heraus, dass ganz am Anfang vor der Öffentlichkeitsbeteiligung eine Variante favorisiert wurde, die den Baumbestand in den Abschnitten 2, 3 und 4 weitestgehend geschont hätte. Diese Variante scheiterte jedoch an der Flächenverfügbarkeit von Kleingartenflächen innerhalb der Stadt Mannheim und sei deshalb sehr frühzeitig als Möglichkeit ausgeschieden.

Weiter zeigt Herr Stelzer an zahlreichen Stellen, wie mit der Unterstützung des PBK durch iterative Optimierungen der Planung Bäume geschont werden konnten. So sei bis zu Letzt im Abschnitt 4 von Seiten des Regierungspräsidiums Karlsruhe versucht worden, die Eingriffe so gut es geht zu reduzieren.

TOP 3 Darstellung Sichtweise BIG Lindenhof

Der Vorsitzende der BIG Lindenhof, Herr Ulrich Holl, erhält die Gelegenheit, in einem kurzen Statement die Sichtweise der Bürgerinitiative darzustellen. Er stellt zunächst heraus, dass die Priorisierung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich richtig und wichtig sei und dass dazu ein funktionsfähiger Damm wichtig sei. Er weist darauf hin, dass der Einsatz für den Baumbestand ausschließlich durch ehrenamtliche Tätigkeit vieler Bürgerinnen und Bürger organisiert ist und die vorgelegte Machbarkeitsuntersuchung aus Spenden finanziert wurde.



In der Praxis des Dammbaus hat sich seiner Auffassung nach seit der Novellierung der DIN 19712 im Jahr 2013 viel getan. In anderen Bundesländern, vornehmlich Bayern, konnte eine Ertüchtigung des Hochwasserschutzes und der Erhalt von Bäumen in Einklang gebracht werden. In Zeiten, in denen dem Klimaschutz eine besondere Bedeutung zukommt, sei es nicht vermittelbar, 7 Hektar Wald, der wichtig für eine klimagerechte und resiliente Stadt ist, zu roden.

Wie in der im Auftrag der BIG Lindenhof erstellten Machbarkeitsuntersuchung aufgezeigt wird, wäre mit einer stabilen Spundwand (Hochwasserschutzwand) oder Bodenvermörtelung eine DIN-konforme Dammsanierung möglich und nach Aussagen aus dem bayerischen Hochwasserschutzprogramm möglicherweise auch wirtschaftlicher. Aufgrund der zahlreichen Zugangswege zum Damm sei nach Ansicht des beauftragten Büros ein zusätzlicher Dammverteidigungsweg auf der landseitigen Berme nicht zwingend erforderlich. In Bezug auf frühere Äußerungen der BIG Lindenhof in der Presse sowie dem ausliegenden Flyer, auf eine Dammverteidigung könne bei einer Spundwandlösung gänzlich verzichtet werden, stellt Herr Holl richtig, dass der vorgesehene durchgängige Deichkronenweg zur Bewirtschaftung und „Verteidigung“ genutzt werden könne, bzw. ausreichend sei. Die Notwendigkeit einer Befahrbarkeit bei Einstau mit Schwerlastverkehr wird jedoch bei der Bauweise mit durchgehender selbsttragender Spundwand angezweifelt.

Insgesamt könnten mit einer durchgängigen Spundwand nach Schätzungen über 80 % der Bäume erhalten werden. Herr Holl verweist auf die Erfahrungen aus Bayern, wo man im Rahmen eines Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020plus entsprechende Maßnahmen großflächig umgesetzt habe.

In einer Replik stellte Herr Stelzer klar, dass eine sichere Dammverteidigung aus seiner Sicht zwingend erforderlich sei und keine Kompromisse zulasten der Sicherheit möglich seien, insbesondere auch aufgrund der besonderen Gefährdungslage in Mannheim. Des Weiteren seien die genannten Beispiele aus Bayern nicht vergleichbar, da es sich bei den genannten Spundwandlösungen entweder um Sofortmaßnahmen handelt, die nach den vorliegenden Informationen im Anschluss im Rahmen eines ordentlichen Verfahrens durch DIN-konforme Dämme ergänzt werden. Oder bei dem regelmäßig zitierten Projekt an der Isar um einen Trenndamm, mit zurückliegendem Hauptdamm zum Schutz der Bebauung. Auch in Bayern müsse in ähnlichen Situationen eine durchgängige Dammverteidigung gewährleistet werden.

TOP 4 Fragen und Antworten

Alle Teilnehmenden haben Gelegenheit, Fragen zum Projekt zu stellen, die von Herrn Stelzer und den Fachplanern beantwortet werden.

Alle im Rahmen der anschließenden ca. 2 stündigen Fragerunde gestellten Fragen und die Antworten dazu sind in der Anlage 3 dokumentiert.

TOP 5 Ausblick auf Planfeststellungsverfahren

Herr Stelzer zeigt kurz den Ablauf des Planfeststellungsverfahrens mit den weiteren Verfahrensschritten und Möglichkeiten zur Beteiligung auf. Die untere Wasserbehörde der Stadt Mannheim ist im vorliegenden Fall Planfeststellungsbehörde und stellt zum weiteren Verfahrensablauf Informationen auf ihrer Website bereit.

TOP 6 Schlusswort

Frau Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder bedankt sich bei allen Teilnehmenden für die Teilnahme und das Mitwirken sowie für die guten Fragen und den respektvollen Umgang miteinander.



Anlagen:

Anlage 1 Programm der Bürgerinformationsveranstaltung

Anlage 2 Vortrag des Vorhabenträgers

Anlage 3 Tabelle Fragen und Antworten in der 3. Bürgerinformationsveranstaltung

Anlage 4 Fotos der Stellwände

Weitere Informationen sowie die Dokumentation aller Bürgerinformationsveranstaltungen sind auf der Projektseite im Internet zu finden:

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt5/Ref531/Seiten/RHWD-XXXIX.aspx>

Arcadis Germany GmbH